

Gemeinsam gegen den Sozialkahlschlag!

Protestkundgebung gegen den Sozialabbau von Schröder und Koch

**Samstag, den 18. Oktober 2003, um 11:00 Uhr,
Friedensplatz in Darmstadt**

Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz- bzw. Rürup-Kommission, Gesundheitsreform – so heißen die Abbau-Programme der Schröder-Fischer-Regierung.

In Hessen läuft der Sozialabbau unter dem Slogan „Operation Sichere Zukunft“; verantwortlich dafür ist die Koch-Regierung.

Auf der einen Seite:

- Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Milliarden Euro in die Kassen der Unternehmer – zu Lasten der öffentlichen Kassen.
- Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich etwa 16 Milliarden Euro zusätzlich auf ihren Konten.

Auf der anderen Seite:

- Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird durch Kürzungen bei den Arbeitslosen in Höhe von ca. 6 Milliarden Euro mitfinanziert.
- Es sollen 60 Militär-Transporter neu gekauft werden – aber der Rentenzuschuss des Bundes in Höhe von 2 Milliarden Euro soll gestrichen werden.

In Hessen wird die Sparorgie von Ministerpräsident Koch landesweit zur Schließung vieler wichtiger sozialer Einrichtungen führen. Betroffen sind unter anderem Einrichtungen im Bereich der Frauenbildung und berufliche Orientierungskurse für erwerbslose Frauen, Eltern- und Erziehungsberatungsstellen, Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben, Schuldnerberatungsstellen, Obdachloseneinrichtungen, Migrationsdienste und vieles Andere. Studierende sollen einen sogenannten Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 50 Euro pro Semester bezahlen. Nach Ablauf von knapp gehaltenen Regelstudienzeiten sollen sie Studiengebühren bezahlen, wodurch vor allem Studierende belastet werden, die aus weniger betuchten Familien kommen und die ihr Studium ganz oder teilweise selbst finanzieren müssen.

Gemeinsam ist allen diesen sogenannten Reformen und Einsparprogrammen, dass die Unternehmer und Kapitaleigner begünstigt, die Beschäftigten und die auf soziale Leistungen Angewiesenen dagegen belastet werden.

Es ist wichtig, dagegen auf die Straße zu gehen, Protest sichtbar werden zu lassen. Je länger massenhafter Protest nicht stattfindet, desto rascher und extremer wird der Sozialabbau weiter geführt werden. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass es mit den nunmehr bekannten „Grausamkeiten“ sein Bewenden haben würde. Weitere und weit massivere Angriffe vor allem auch auf die ArbeitnehmerInnen werden von den Arbeitgeberverbänden bereits öffentlich gefordert und vorbereitet. Wir müssen auf den wachsenden Druck gegen uns mit einer wachsenden Protestbewegung antworten!

**Am 1. November 2003
bundesweite Demonstration in Berlin gegen den Sozialabbau**

(Diese Demonstration wird von verschiedenen Gewerkschaften, Parteien und Gruppierungen unterstützt. Auch für Darmstadt werden Fahrgelegenheiten für eine kostengünstige Anreise bereitgestellt. Anmeldung: 01711841284

Weitere Informationen im Internet: www.demo-gegen-sozialabbau.de

Veranstalter: Darmstädter internationales Mai-Bündnis, AStA FHD, Darmstädter Sozialhilfegruppe, GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt)
V.i.S.d.P. W. Meusel, Darmstadt